



**Augustusbrücke:
 Nach der Sanierung für Autos tabu**

► Noch dieses Jahr soll die Sanierung der Augustusbrücke beginnen. Mit Fluthilfemitteln wird die dringend sanierungsbedürftige Brücke für rund 24 Millionen Euro komplett instand gesetzt. Nach dieser Sanierung soll die Brücke aber für den Autoverkehr gesperrt werden, während die Straßenbahnen weiter über die Brücke fahren sollen. Leitgedanke dieser Sperrung war für Rot-Rot-Grün, eine Fußgängerbrücke wie die Prager Karlsbrücke zu schaffen. Auch wenn die Augustusbrücke und die Karlsbrücke baulich überhaupt nicht zu vergleichen sind, wurde der Beschluss im Stadtrat durchgedrückt. Dabei ist die Augustusbrücke nur ein Beispiel, wie sich die Dresdner Infrastruktur in den kommenden Jahren nach dem Willen von Linken, SPD und Grünen grundlegend zum Schaden des Autoverkehrs ändern wird. *Lesen Sie mehr dazu auf Seite 3.*

Mehr Bürgerbeteiligung für Dresden?

Seit über einem Jahr kämpft die FDP/FB-Fraktion für mehr Bürgerbeteiligung. Bisher scheiterte das an Rot-Rot-Grün. Jetzt gibt es neue Signale.

„Ich bezweifle die Ernsthaftigkeit des Vorschlags“, kommentierte der Fraktionsvorsitzende der FDP/FB-Fraktion Holger Zastrow den kürzlich über die Sächsische Zeitung öffentlichkeitswirksam zelebrierten Vorstoß des Vorsitzenden der Dresdner Linkspartei, Jens Matthis, für mehr Bürgerbeteiligung und die Durchführung von Bürgerentscheiden zu politisch strittigen Themen wie der WOBA, der Königsbrücker Straße und der Sonntagsöffnung. Kein Wunder, hatte Zastrow doch bereits im April 2015 genau das im Stadtrat vorgebracht. Doch damals war die Initiative von Rot-Rot-Grün abgekanzelt und ein Bürgerentscheid zur Wiedereinführung von vier stadtweiten verkaufsoffenen Sonntagen, für den FDP, CDU und eine Bürgerinitiative in Rekordzeit mehr als 27.000 Unterschriften gesammelt hatten, abgelehnt worden – entgegen aller Beteuerungen für mehr Mitbestimmung

und entsprechenden Aussagen in den Wahlprogrammen von Linken, SPD, Grünen und Piraten.

„Wir sind immer für direkte Demokratie und für möglichst viel Bürgerbeteiligung. Im Unterschied

zur Linken fordern wir Bürgerentscheide aber nicht nach politischer Kassenlage, sondern generell und aus Überzeugung“, sagte Zastrow. Die FDP/FB-Fraktion stehe weiterhin zu ihrem Ansinnen, Bürgerentscheide zu den Themen Sonntags-

öffnung und Königsbrücker Straße zu machen und könne sich auch einen Entscheid zur Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft vorstellen, auch wenn die Freien Demokraten eine WOBA für unnötig und falsch hielten.

Plötzlich soll also auch die Linke für Bürgerentscheide sein. Der Kurswechsel des Mehrheitsführers im Stadtrat verwundert. Vermutlich stecken aber handfeste politische Interessen dahinter. Offensichtlich hat man sich im linksgrünen Lager über der Frage der Gründung einer WOBA entzweit. In der Not greift der linke Stadtchef daher zum Mittel des Bürgerentscheids, in der Hoffnung die Dresdner auf seine Seite ziehen zu können. An sich ein legitimer Versuch, wenn er denn bei anderen Streitfragen genauso handeln würde. Weil man bei der Sonntagsöffnung und der Königsbrücker Straße aber mit Voten der



Bürgerschaft gegen den Kurs der linksgrünen Ratsmehrheit rechnete, war man damals gegen die Entscheide.

Was soll man also von Herrn Matthis halten? Ein PR-Gag? Ein Gebahren um Druck auf die eigenen Genossen zu machen? Oder wirklich eine Chance für mehr Bürgerbeteiligung? Holger Zastrow warnt: „Angesichts der tief gespaltenen Bürgerschaft in unserer Stadt wären einfache Lippenbekenntnisse ohne den tatsächlichen Willen für mehr Bürgerbeteiligung Öl im Feuer. Wir werden die Linke beim Wort nehmen.“



INHALT / SEITE 2

➔ **Im Interview:
 Holger Zastrow**

INHALT / SEITE 3

➔ **Rückbau der
 Dresdner Straßen**

INHALT / SEITE 4

➔ **Neujahrsempfang
 der FDP/FB-Fraktion**

„Dresden ist keine linke Stadt“

Interview mit dem Vorsitzenden der FDP/FB-Fraktion Holger Zastrow von Thomas Baumann-Hartwig, zuerst erschienen in den Dresdner Neuesten Nachrichten vom 16. Januar 2016

Die FDP ist nicht mehr kleinste Fraktion im Stadtrat. Eine wesentliche Rolle spielt sie aber nicht. Fraktionsvorsitzender Holger Zastrow übt im DNN-Interview Kritik an der rot-grün-roten Mehrheit.

Die FDP hat es 2014 mit Ach und Krach in den Stadtrat geschafft. Wie sehen Sie Ihre jetzige Rolle?

Unsere Rolle ist schwierig. Wir haben keine entscheidende strategische Option. In Anbetracht des starren Linksblocks kommt es auf die Stimme der Fraktion FDP/Freie Bürger zurzeit nicht an. Uns bleibt das Druck machen, hinterfragen und ansprechen. Aber Oberbürgermeister Dirk Hilbert ist einer von uns. Das zählt und macht uns immer noch stolz.

Warum stimmen Sie dann zum Beispiel beim Thema Unterbringung von Asylbewerbern gegen Vorlagen der Verwaltung Ihres Oberbürgermeisters?

Dass die Verwaltung Dinge anders bewertet als Stadträte, ist ja nicht selten. Dirk Hilbert ist per Gesetz dazu verpflichtet, die der Stadt zugewiesenen Asylbewerber unterzubringen. Vor einer so großen Aufgabe hat noch nie ein Stadtoberhaupt der Neuzeit gestanden. Ich vermute, dass die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophen im Vergleich mit dem, was uns jetzt finanziell und gesellschaftlich bevorsteht, eher klein waren. Wenn wir bis an unsere Grenzen und darüber hinaus gehen, schaffen wir vielleicht die aktuellen Herausforderungen. Aber es geht ja weiter. Es ist kein Ende in Sicht. Bundeskanzlerin Merkel hat weder einen Plan noch ein Konzept und verweigert sich immer noch den Realitäten. Ausbaden müssen es aber immer die anderen. Dabei gibt es unterschiedliche Sichtweisen. Die einen

sind gegen Turnhallen, die anderen gegen Hotels oder gegen Kultureinrichtungen. Ich befürchte, dass das bald eine Luxusdiskussion ist. Wenn die Große Koalition in Berlin nicht aufwacht, werden wir uns nicht mehr fragen, welche von zwei Turnhallen wir nehmen. Weil wir beide nehmen müssen. Dieses Jahr werden wieder eine Million Flüchtlinge nach Deutschland kommen, wenn nichts passiert.

Wie bewerten Sie das Handeln von Dirk Hilbert?

Er ist ständig im Dialog, versucht das Machbare und handelt mit Fingerspitzengefühl. Was soll er mehr tun? Mich wundert es, wenn er jetzt von Parteien kritisiert wird, die die Kanzlerin und den Ministerpräsidenten stellen oder in Großen Koalitionen mitregieren. Das ist unanständig!

Wo würden Sie denn Flüchtlinge unterbringen?

Ich halte es grundsätzlich für besser, Flüchtlinge dezentral unterzubringen, danach in Container-Wohnanlagen, leerstehenden Gebäuden und in der größten Not sicher auch in Hotels. Die Messe ist keine Alternative. Es war so mühevoll, Dresden als Messestandort zu etablieren. Wenn wir jetzt die Messe als Asylbewerberunterkunft nutzen, sind viele bedeutende Messen weg. Die kommen auch nie wieder zurück. Es muss doch alles erwirtschaftet werden, auch die Kosten für die Integration der Flüchtlinge. Da können wir uns nicht die wirtschaftlichen Grundlagen zerstören.

Dennoch sind Sie skeptisch bei den Hotelplätzen. Warum?

Ich halte die Entwicklung für fatal, weil jetzt diejenigen einen goldenen Schnitt machen, die sich oftmals



jahrelang nicht um ihre Immobilien gekümmert, missgewirtschaftet oder spekuliert haben. Und wer denkt eigentlich an die Hotelmitarbeiter, die ihre Jobs verlieren? Frau Merkels Politik führt dazu, dass wir sehenden Auges Geschäftemacher und Spekulanten belohnen, während die, die ehrlich und hart arbeiten, unter Erfindungen wie der Bettensteuer leiden. Das passt nicht zusammen und schädigt die Sitten in unserem Land nachhaltig.

Stockt Ihnen nicht manchmal der Atem, wenn Sie wie bei der Anmietung von Hotels für Asylbewerber über 80 Millionen Euro entscheiden müssen?

Man verfällt in eine gewisse Apathie, weil man weiß, dass es falsch

ist, man aber keine Alternative hat. Ich erinnere mich an Diskussionen im Kulturausschuss, da wurden Projekte von 500 oder 1000 Euro gestrichen. Es ist keinem Bürger zu vermitteln, dass auf der einen Seite innerhalb weniger Tage Millionen ausgegeben werden und auf der anderen Seite für Kleinigkeiten keine Mittel da sind. Die Berliner Asylpolitik wird unsere finanziellen Spielräume als Stadt auf Dauer einschränken. Auch die Früchte des Woba-Verkaufs werden so aufs Spiel gesetzt.

Wird Dresden schuldensfrei bleiben?

Ich befürchte das Schlimmste. Wir haben eine rot-grün-rote Mehrheit im Stadtrat, für die Schuldenfreiheit ohnehin nicht viel zählt.

Wie schätzen Sie die Arbeit der rot-grün-roten Stadtratsmehrheit ein?

Kommunalpolitik ist ja eigentlich pragmatisch lösungsorientiert. In Dresden gilt das nicht. Der Stadtrat ist tief gespalten. Alles ist sehr ideologisch, man hockt in seinem Graben, diskutiert nicht, sondern agitiert. Ich glaube, die Ratsmehrheit hat das Glück, dass es im Ergebnis der niedrigen Wahlbeteiligung zu diesem Bündnis kam, besoffen gemacht. Den einzelnen Partnern scheint es dabei völlig egal, für welche Inhalte sie eigentlich stehen – wie man zuletzt bei der Ablehnung des Bürgerentscheides zum Sonntagseinkauf sehen musste. Es geht nur um den Erhalt der fragilen Macht. In der vorigen Legislaturperiode war das anders. Es gab häufig wechselnde Mehrheiten, da wurde miteinander gesprochen. Jetzt haben wir eine linke Betonfraktion, die alles durchstimmt – koste es, was es wolle. Dabei hat Rot-Grün-Rot in der Bevölkerung keine Mehrheit, wie die Oberbürgermeisterwahl eindeutig gezeigt hat. Dresden ist keine linke Stadt.

Diese Mehrheit will in diesem Jahr eine Woba gründen. Was halten Sie davon?

Unnötig. Unsinn. Quatsch. Ein finanzpolitisches Abenteuer, das die Stadt viel Geld kostet. Die Privatisierung der Woba war ein Glücksfall für die Stadt. Nur weil wir schuldenfrei sind, können wir uns einen Kulturpalast und ein Kraftwerk Mitte leisten oder die Eigenanteile für Schul- oder Straßenbauprojekte zahlen. Der Wohnungsmarkt funktioniert. Die Investoren stehen Schlange. Mehrere Tausend Wohnungen könnten sofort gebaut werden, wenn man den Bauherren nicht immer wieder Steine in den Weg legen würde. Der Dresdner Wohnungsmarkt ist außerdem recht kleinteilig, das sorgt für Wettbewerb. Die Mieten in Dresden sind im Vergleich nicht zu hoch.

Können Sie sich eine Zusammenarbeit mit SPD oder Grünen vorstellen?

KURZNACHRICHTEN

Haushaltsausgabereiste steigen weiter

Rund 310 Millionen Euro soll Dresden Ende 2015 als Ausgabereiste vor sich hergeschoben haben. Dabei handelt es sich um Geld, das bereitgestellt, aber nicht verbaut wurde. „Dieses Geld ist der Beleg, dass die politischen Blockaden von Rot-Rot-Grün wie im Fall der Königsbrücker Straße ganz konkrete Konsequenzen haben. Sie zeigen aber auch, dass die städtischen Verwaltungsstrukturen nicht leistungsfähig genug sind, die bereitgestellten Gelder wie vorgesehen zu verwenden“, kritisiert Fraktionschef Holger Zastrow.

Stadion-Rückkauf ist keine Lösung

Mitte Februar gab es aus der SPD die Forderung zum Rückkauf des Stadions und den Betrieb der Sportsstätte durch die Landeshauptstadt. Die FDP/FB-Fraktion steht einer Re-Kommunalisierung des Stadions angesichts der aktuellen Herausforderungen im städtischen Haushalt, aber auch aus ordnungspolitischen Gründen skeptisch gegenüber und fordert stattdessen eine rechtssichere Neugestaltung der Stadionverträge. Nur so könne man die SG Dynamo Dresden als Nutzer des Stadions wirksam entlasten.

FDP/FB setzt Querung am Archivplatz durch

Seit einiger Zeit ist die Fußgängerbrücke über die Albertstraße zwischen Markthalle und Staatsarchiv wegen Baufähigkeit gesperrt. Anstatt die Brücke zu sanieren, mutete man den Fußgängern bislang einen gefährlichen Sprint über die vierspurige Straße zu. Einstimmig nahm der Bauausschuss jetzt einen Antrag der FDP/FB-Fraktion an, der die Schaffung einer ebenerdigen Fußgängerquerung vorsieht. „Ein klarer Auftrag an die Stadt, die Querung am Archivplatz einzurichten“, kommentiert Franz-Josef Fischer die Entscheidung.

Genschmar: „Jetzt wird die Sophienkirche zum zweiten Mal Opfer der Sozialisten.“

„Jetzt wird die Sophienkirche zum zweiten Mal Opfer der Sozialisten“, mit diesen scharfen Worten kommentiert FDP-Stadtrat Jens Genschmar die Blockade eines Zuschusses für die Gedenkstätte Busmannkapelle durch Linke, SPD und Grüne im Finanzausschuss. Ein Zuschuss in Höhe von 200.000 Euro wurde nicht gewährt. Damit sind jetzt auch Fördermittel des Landes blockiert. Das Geld sollte planmäßig für den Bau der Gedenkstätte verwendet werden. In der Busmannkapelle soll einmal an die Opfer

der Bombenangriffe vom 13./14. Februar 1945 und an den Abbruch der im Krieg beschädigten, aber wiederaufbaufähigen Sophienkirche zu Zeiten der SED-Diktatur erinnert werden. Die Fertigstellung der Gedenkstätte ist damit völlig offen. Rot-Rot-Grün begründet die Verweigerung ihrer Zustimmung im Stadtrat übrigens damit, dass der städtische Zuschuss unter die Haushaltssperre fallen würde. Tatsächlich sind Kulturprojekte davon aber gar nicht betroffen, wie der Finanzbürgermeister unverzüglich klarstellte.

Natürlich. Aber dazu müssten sich die Kollegen dieser Parteien aus ihrer Rolle als Kampfesreserve des Linke-Fraktionsvorsitzenden André Schollbach befreien und emanzipieren.

Werden Sie einen weiteren Vorstoß für verkaufsoffene Sonntage unternehmen?

Ich erwarte von der Stadtratsmehrheit, dass sie zur Kenntnis nimmt, dass der Wegfall der Sonntage eine teure Angelegenheit für den Dresdner Einzelhandel und die Tourismuswirtschaft gewesen ist. Erste Zahlen liegen auf dem Tisch, sie sind ernüchternd. Wenn Rot-Grün-Rot so weitermacht, wird Dresden nicht nur gegenüber anderen Einkaufsstädten wie Leipzig und Chemnitz abfallen. Dann verlieren unsere regionalen Einzelhändler ihre Kunden noch mehr an den Online-Versandhandel. Der hat 24 Stunden geöffnet, 365 Tage im Jahr. Warum wird dem Dresdner Händler verboten, wenigstens an zwei Sonntagen im Advent mit Amazon oder Zalando in den Wettbewerb zu treten? Übrigens passen solche Verbote nicht zu einer Stadt, die modern und offen sein und lebendige Zentren haben will.

Ihrem Fraktionskollegen Jens Genschmar wird eine über-große Nähe zu Pegida vorgeworfen. Wie stehen Sie zu ihm?

Er ist ein sehr guter Freund, eine ehrliche Haut und ein echter Liberaler. Wir als FDP sind froh, ihn bei uns zu haben, weil er sich mit Leidenschaft und hohem Einsatz kümmert. Er ist draußen vor Ort, geht dorthin, wo es weh tut, stellt sich und macht anders als manche seiner Kritiker Politik nicht aus dem Hinterzimmer oder der Anonymität des Internets heraus. Und als Freier Demokrat und Kind der Friedlichen Revolution lässt er sich gewiss nicht vorschreiben, was gut zu sein hat und was schlecht. Er leistet sich eine eigene Meinung. Ich kann nichts Falsches daran erkennen.

Groß angelegter Rückbau der Dresdner Straßen

Seit der Wahl stehen die Zeichen auf Rückbau von Straßen zu Lasten des Autoverkehrs. Die neue Ratsmehrheit hat eine ganze Reihe - im wahrsten Sinne des Wortes - einschneidender Entscheidungen getroffen.

Der wohl bekannteste Streit ist die Königsbrücker Straße. Eine der ersten Entscheidungen der rot-rot-grünen Ratsmehrheit war der Planungsstopp und die komplette Neuplanung der Königsbrücker Straße. Dies ist nun bereits über

die langfristig die Buslinie 61 ersetzen soll. Während das Straßen- und Tiefbauamt dazu den Erhalt der zwei Fahrbahnen pro Richtung für den Autoverkehr vorgeschlagen hat, haben die linksgrünen Fraktionen eine Variante mit nur

attraktiv wie möglich zu machen, um Autofahrer zum Benutzen von Bahnen, Bussen und Fahrrädern zu zwingen, merkt man auch an Überlegungen des neuen grünen Baubürgermeisters Schmidt-Lamontain. Dieser plant den Rückbau

Dresdner klar sein. Diese Straße dient als Autobahnzubringer und ist Bestandteil des Verkehrszuges Waldschlößchenbrücke. Diesen Verkehrszug zurück- statt, wie einst vorgesehen, auszubauen, macht einen sprachlos.



Königsbrücker Straße



Große Meißner Straße



Albertstraße

ein Jahr her. Mittlerweile gibt es mit der Variante 8.6 bereits die sechste neue Variante und es ist noch kein Ende in Sicht. Sicher ist sich die Mehrheit nur in einem Punkt: die neue Königsbrücker Straße soll nur noch eine Autospur pro Fahrtrichtung haben – im Gegensatz zur aktuellen Situation, in der die Straßenbahngleise durch PKW befahren werden können und somit praktisch zwei Spuren je Richtung zur Verfügung stehen.

Für Kopfschütteln bei Verkehrsexperten hat jüngst der von SPD, Grünen, Linken und Piraten beschlossene Rückbau des Zelleschen Weges im Süden der Stadt gesorgt. Eigentlich sollte auf dem Zelleschen Weg nur eine neue Straßenbahnlinie gebaut werden,

einer überbreiten Spur beschlossen. Jeder der den Zelleschen Weg und den Verkehr dort kennt, fragt sich, was Politiker antreibt, derartigen Blödsinn zu beschließen.

Geht es nach den Grünen soll auch die Große Meißner Straße eingengt werden und demnächst nur noch einspurig befahrbar sein. Damit soll eine bessere Anbindung des Neustädter Marktes an die Augustusbrücke gelingen. Leider fehlt dieser Idee ein Konzept zur tatsächlichen Belebung des Neustädter Marktes und zu Alternativen bei der Führung des Individualverkehrs.

Dass es sich bei solchen Vorschlägen einzig und allein um Maßnahmen handelt, das Autofahren so un-

der Albertstraße, der Verbindung zwischen St. Petersburger Straße und Albertplatz/Königsbrücker Straße. Ein funktionierender Teil der wichtigsten Nord-Süd-Achse Dresdens (und Ausweichstrecke für die Große Meißner Straße) soll ebenfalls nur noch einspurig befahrbar sein. Die Schaffung eines solchen Flaschenhalses ist mit gesundem Menschenverstand nicht zu begründen. Aber um diesen geht es SPD, Linken, Grünen und Piraten in verkehrlichen Fragen schon lange nicht mehr.

Nicht zuletzt soll die Stauffenbergallee West zwischen Königsbrücker Straße und Radeburger Straße ebenfalls einspurig werden. Dass diese Straße dringend sanierungsbedürftig ist, dürfte jedem

Nimmt man diese Beispiele und die Sperrung der Augustusbrücke für den Autoverkehr zusammen, ergibt sich ein erschreckendes Bild: „Dresden wird zu einer autofeindlichen Stadt“, konstatiert der baupolitische Sprecher der FDP/FB-Fraktion, Franz-Josef Fischer.

Die Freien Demokraten fordern folgerichtig einen Stopp der Rückbaupläne und eine Rückkehr zu einer vernünftigen Verkehrspolitik, die für einen Interessensausgleich zwischen allen Verkehrsteilnehmern sorgt. „Es gibt gute Gründe, warum der eine mit der Bahn fährt und der andere mit dem Auto oder dem Rad. Wir lehnen es ab, den Menschen das Fortbewegungsmittel vorzuschreiben und zu bewerten, was gut und was schlecht ist.“

KURZNACHRICHTEN

Kulturkraftwerk wird teurer als geplant, jetzt droht anderen Projekten der Rotstift

Über 4 Millionen Euro braucht die städtische KID GmbH, die für den Bau des Kraftwerks Mitte zuständig ist, kurzfristig als Nachschlag. „Die gleichzeitige Umsetzung von Kulturkraftwerk und Kulturpalast wird immer mehr zum finanzpolitischen Risiko mit nicht absehbaren Konsequenzen für den gesamten Haushalt“, hält FDP/FB-Fraktionschef Holger Zastrow die Situation fest. Die Rücklagen sind inzwischen aufgebraucht und nun müssen andere Vorhaben für die beiden Kulturgroßprojekte geopfert werden.



Wiederaufbau des Narrenhäusels

Bald schon könnte Dresden um ein städtebauliches Kleinod reicher sein. Jüngst bot sich ein Investor an, das geschichtsträchtige Narrenhäusel am Kopf der Augustusbrücke auf der Neustädter Seite, das am Ende des Zweiten Weltkrieges zerstört worden war, wieder zu errichten. Der Wiederaufbau des Narrenhäusels ist eine Chance, um die städtebauliche Situation am Neustädter Markt zu verbessern und ein angemessenes Entrée in die Neustadt zu schaffen. FDP/Freie Bürger unterstützen die Idee.

Gymnasium Prohlis vor dem Aus – SPD-Schulbürgermeister macht ernst

Noch im Januar hat der Stadtrat einen Neubau des geplanten Gymnasiums Dresden-Prohlis an der Windmühlenstraße abgelehnt und sich für die Sanierung des Schulhauses an der Boxberger Straße ausgesprochen. Bereits damals hat FDP-Stadtrat Jens Genschmar davor gewarnt, aus der Absage eines Neubaus auch eine Absage an ein Gymnasium Prohlis zu machen. Im Februar kam es dann wie befürchtet und der SPD-Schulbürgermeister hat angekündigt, die Gründungsversuche für das neue Gymnasium einzustellen. Aus

Sicht von Genschmar überschreitet der Bürgermeister damit seine Kompetenzen: „Man mag im Stadtrat im Detail streiten, ob Neubau oder Sanierung, aber es ist Konsens, dass Prohlis ein Gymnasium braucht. Schulbürgermeister Peter Lahmes hat das umzusetzen und nicht infrage zu stellen.“ Die Fraktion hat sich dazu klar positioniert und fordert den engagierten Einsatz für ein Gymnasium, welches nicht nur aus bildungspolitischer, sondern auch aus Stadtentwicklungssicht enorme Vorteile hätte.

Neujahrsempfang in Dresden der FDP/FB-Fraktion

Oberbürgermeister Dirk Hilbert zu Gast bei der neuen fünfköpfigen Stadtratsfraktion

Mitte Januar lud die FDP/FB-Fraktion zum traditionellen Neujahrsempfang ein und viele Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft sind der Einladung gefolgt. Hauptredner des Abends war Dresdens

Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP), der in seiner Rede die anstehenden Herausforderungen für unsere Stadt im neuen Jahr skizzierte. Für Dresdens weitere Entwicklung wird das Jahr 2016 von

entscheidender Bedeutung sein, wie werden wir die Herausforderungen rund um die Flüchtlingskrise meistern und wie wird der neue Haushalt ohne Rücklagen aussehen?

Thoralf Gebel zusammen mit Detlev Cornelius, der Anfang 2016 zur Fraktion gestoßen ist



Die FDP/FB-Fraktion: Jens Genschmar, Franz-Josef Fischer, Thoralf Gebel, Holger Zastrow, Detlev Cornelius (v.l.n.r.)



Zu Gast: Matthias Christian Schanzenbach mit Ehefrau



Stadtfest wird zum Altstadtfest

Auch in den kommenden Jahren soll ein externer Veranstalter für die Stadt wieder die Organisation des Dresdner Stadtfestes übernehmen. Das wurde mit der Ausschreibung eines Konzessionsvertrages für das Stadtfest auf den Weg gebracht. Neu ist allerdings, dass das Stadtfest in den kommenden Jahren nur noch auf der Altstädter Elbseite durchgeführt werden soll. Denn während der Sanierung der Augustusbrücke, die im November 2016 beginnen soll, sieht die Stadtverwaltung die Brücke an ihrer Belastungsgrenze. Die Einschränkungen auf der Brücke infolge der Baumaßnahmen und das erwartete hohe Besucheraufkommen am Stadtfest-Wochenende erlauben es nach Auffassung der Stadtverwaltung nicht, das Fest auf beiden Elbseiten durchzuführen.

Für die FDP/FB-Fraktion sind diese Planungen und die Begründung nicht befriedigend: „Ein Stadtfest ohne die Neustadt ist kein Stadtfest, sondern lediglich ein Altstadtfest. Die Verwaltung hätte die Sensibilität der Augustusbrücke als innerstädtisches Bindeglied zwischen Alt- und Neustadt bereits bei der Planung der Bauabläufe und der Baustelleneinrichtung besser berücksichtigen müssen“, kritisiert Zastrow die Pläne der Stadtverwaltung. Die Baumaßnahmen sind lange bekannt und man hätte rechtzeitig andere Lösungen für die Bewältigung der Besucherströme prüfen und Alternativen für die Einbindung der Neustädter Elbseite finden müssen.

IMPRESSUM

Herausgeber

Die Freie Dresdner Ratsdepesche wird herausgegeben von der FDP/FB-Fraktion im Dresdner Stadtrat und den Stadträten Detlev Cornelius, Franz-Josef Fischer, Prof. Dr. Thoralf Gebel, Jens Genschmar und Holger Zastrow

Kontakt

FDP/FB-Fraktion im Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden (www.fdp-fb-fraktion-dresden.de)
Rathaus, Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
Tel. 488 2662, Fax 488 2989
E-Mail fdp-fb-fraktion@dresden.de

Redaktion

Steffen Hintze (V.i.S.d.P.), Thomas Widra
Gesamtherstellung: Saxedo GmbH/SDV AG

Bildnachweise

©hanseat/fotolia.com, freepik.com (S. 1);
Karl-Ludwig Oberthür(S. 2),
Tristan T. (S. 3), ©FotoWachs (S. 4)

Diese Druckschrift ist eine Information über die Arbeit der FDP/FB-Stadtratsfraktion und darf nicht zur Wahlwerbung verwendet werden.

ABONNEMENT

Sie wollen die Ratsdepesche direkt nach Hause, dann schreiben oder rufen Sie uns an

fdp-fb-fraktion@dresden.de
Telefon 0351 4882662



FRANZ-JOSEF FISCHER
EIN FREIER BLICK

HEUTE:

Licht an im Rathaus

Dresden ist eine Kommune wie so viele hier im Lande, aber irgendwie anders. Eine großkotzige Kleinstadt, sagen die einen, eine kleinkarierte Großstadt, sagen die anderen. Die Wahrheit liegt wohl in der Mitte.

Neben vielen zukunftsweisenden Großprojekten, die wir zwar noch nicht bezahlt, aber schon auf den Weg gebracht haben, gelingen uns auch oft fast unsichtbare Kleinprojekte. Da wäre die Rathaussanierung. Die Idee dazu stammt, wie gewöhnlich, aus der Stadtverwaltung selbst.

Gemäß der üblichen Maxime: „Teurer Rat ist gut“ wurde sofort ein Gutachten beauftragt. Ich persönlich hätte keine Gutachten benötigt. Meine Freien Bürger hatten längst moniert, dass wir eigentlich in einem unwürdigen Rathausambiente tagten. Alles wie zu DDR-Zeiten, Gänge, Fußböden, Inventar! Die undichten Plenarsaalfenster haben uns manch ungeplante Grippe beschert. Im Gutachten sprach man dann von der Erhöhung des Wohlfühlerlebnisses, Gesundheitsförderung und Brandschutzanforderungen.

Bei allen Spannungen der Fraktionen untereinander ließen wir uns einig, still und ohne Aufbegehren in andere Räume umsiedeln, wohl wissend, dass die Rückkehr lange auf sich warten lassen wird und von den benötigten Geldern sprach man nur flüsternd und hinter vorgehaltener Hand. (Geschick getarnt übrigens als abschnittsweise Sanierung, da klingen die benötigten Summen nicht so schrecklich!)

Der Ostflügel wird bald fertig sein, hurra! Erfreut sitzen die teils neuen Fraktionen schon in ihren künftigen Räumen und genießen den alt-neuen Lichtblick auf die Trümmerfrau, unter sich die „Goldene Pforte“ wissend. Keiner fragt allzu laut nach den Kosten, das hat noch Zeit. Nur die Linken sorgten kurzzeitig für Unruhe, als es um die Beleuchtung im Aufgang des Rathauses ging.

Sie forderten die teuersten, historischen Kandelaber. Was leider unsere Fraktion nicht verhindern konnte. Aber so geht uns wenigstens ein Licht auf: Es wird eine teure Rechnung geben.

Die kluge Verwaltung indes baut vor, sie fand schon jetzt einen guten Anreiz für die weitere Sanierung: In den unbearbeiteten oberen Etagen könnten im Brandfall die Decken leicht brechen, weil beim Wiederaufbau nach der Zerstörung Stroh verarbeitet wurde. Herrlich! Vielleicht können wir nun mal ohne Gutachter die Sanierung fortsetzen, denn ein solch feuriges Licht soll uns nicht aufgehen. Da werden wir die „paar Euro“ doch finden!

Ihr

Franz-Josef Fischer